



---

# **PROGRESSIVES MANIFEST**

*für europäische Demokratie*

---

**B**ei der Konferenz zur Zukunft Europas haben europäische Bürger\_innen und die Zivilgesellschaft ein Mitspracherecht darüber, wie die EU sowohl in politischer als auch institutioneller Hinsicht reformiert werden soll. Die Konferenz bietet die einmalige Gelegenheit, Fragen zu erörtern und Veränderungen bezüglich der Zukunft der europäischen Demokratie anzustoßen. **Demokratie und Bürgerbeteiligung müssen in den Mittelpunkt der Konferenz gestellt werden, um die Legitimität und Effizienz der Entscheidungsprozesse in der EU zu fördern.** Die europäische Demokratie ist in den letzten zehn Jahren durch zunehmende Polarisierung, Desinformation, Populismus und autokratische Bestrebungen in Gefahr geraten. Das Verständnis der EU als „Union gemeinsamer demokratischer Werte“ gerät daher unter Druck. Die fehlende einheitliche Auslegung der grundlegenden EU-Werte gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) ist wohl eine der größten internen Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist.

Inmitten mehrerer anhaltender Krisen hat die COVID-19-Pandemie in der EU widersprüchliche Reaktionen ausgelöst: Zum einen veranlasste sie die EU zu der beispiellosen Entscheidung, Kredite aufzunehmen. Auf der anderen Seite schlossen einige Länder im Alleingang vorübergehend ihre Grenzen, was dem europäischen Leitspruch „in Vielfalt geeint“ widerspricht. Wenn man bedenkt, dass die vergangenen Krisen entscheidende Schritte zur Vertiefung der europäischen Integration hervorgerufen haben, ohne jedoch ihre technokratischen und intergouvernementalen Charakter zu verändern, sind die Diskussionen und Ergebnisse der Konferenz sogar noch wichtiger. **Die EU muss unbedingt demokratischer werden und bei ihren Entscheidungen ihren Bürger\_innen gegenüber stärker verantwortlich sein. Dieses Manifest enthält Empfehlungen, wie eine progressive Zukunft für Europa durch die Stärkung der parlamentarischen Demokratie, der partizipativen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit gestaltet werden kann.**

Wir sind überzeugt, dass institutionelle Veränderungen, welche die EU demokratischer machen, auch ihre Bürger\_innen dazu motivieren, sich an politischen Prozessen zu beteiligen und die verfügbaren partizipatorischen Instrumente zu nutzen. Wir wollen nicht nur dem Europäischen Parlament mehr Macht einräumen und dadurch die parlamentarische Demokratie stärken, sondern auch unsere Vision wahr werden lassen: ein politisches System mit der Europäischen Kommission als gewählter Regierung, einer Gesetzgebung in zwei Parlamentskammern und einem echten Wettbewerb zwischen den Parteien. Darüber hinaus glauben wir, dass regelmäßige Bürgerdialoge mit nachhaltigem Einfluss auf die EU-Politik stattfinden müssen, um den Bürger\_innen ein echtes Mitspracherecht in EU-Angelegenheiten zu verschaffen. Außerdem soll-

te unter anderem eine digitale Beteiligungsplattform geschaffen werden, um eine direkte und wirksame politische Beteiligung zu ermöglichen. Der dauerhafte Konflikt über die Rechtsstaatlichkeit gefährdet den inneren Zusammenhalt der Union. Daher schlagen wir zur Beilegung der Situation verschiedene Schritte vor. Neben Maßnahmen zur Herstellung eines neuen Einvernehmens aller EU-Mitgliedstaaten über die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit können verschiedene weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die demokratischen Grundsätze der EU und der Mitgliedstaaten zu stärken. Die europäischen Parteien spielen in allen drei Bereichen eine wichtige Rolle – sie sind nicht nur angesichts des Spitzenkandidaten-Prinzips und der Schaffung transnationaler Listen für die Stärkung der parlamentarischen Demokratie der EU von Bedeutung, sondern können auch wichtige Akteure in den Auseinandersetzungen über die Rechtsstaatlichkeit werden.

In Anbetracht der vergangenen, aktuellen und bevorstehenden Herausforderungen der EU betonen wir, dass die Konferenz zur Zukunft Europas unerlässlich ist, um einen konstruktiven Dialog über die Zukunft der europäischen Demokratie in Gang zu setzen und deren Ergebnisse ernsthaft weiter zu verfolgen. Dieses Manifest soll die Diskussionen innerhalb der Konferenz und in deren Umfeld begleiten und Vorschläge für eine progressive Zukunft der europäischen Demokratie unterbreiten.

## ***Parlamentarische Demokratie***

---

Das Europäische Parlament hat weder genügend Einfluss noch die politische Bedeutung, um die Richtung der EU vorzugeben. Es fehlt ihm an echter haushaltspolitischer Macht, ohne die die EU keine echte öffentliche Macht sein kann. Ohne ein vollwertiges Parlament ist die EU keine echte Demokratie, deren Bürger\_innen ihr gemeinsames Schicksal selbst in der Hand haben. Die Bürger\_innen Europas sind sich dieser Tatsache bewusst und haben daher kein großes Interesse an den demokratischen Prozessen in Europa. Das geringe Interesse untergräbt wiederum die Macht des Parlaments. Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen.

Wir wollen die parlamentarische Demokratie umgestalten und sie zum Kern der EU-Politik machen. Das Europäische Parlament ist das einzige EU-Organ, das dies ermöglicht. Die Bürger\_innen müssen politische Entscheidungen durch europäische Wahlen mitbestimmen können, um das Vertrauen zurückzugewinnen, dass ihre Stimme für die Zukunft der EU zählt. Um diesen Wandel zu ermöglichen, muss das Parlament über die Gesetzgebungs- und Haushaltsbefugnisse verfügen, die nötig sind, um für die Bürger\_innen erkennbare Aus-

wirkungen zu erzielen. Das Europäische Parlament hat zwar eine Haushaltsbefugnis, aber keine echte haushaltspolitische Macht: Es stimmt lediglich über einen „technischen“ Budgetplan ab. Um einen spürbaren Unterschied zu bewirken, brauchen wir einen bedeutsamen politischen Haushalt, der vom Parlament kontrolliert und durch gemeinsame Schulden und Steuern finanziert wird. Anschließend entscheiden die Mitglieder des Europäischen Parlaments darüber, ob und wie die öffentlichen Mittel ausgegeben oder beschafft werden. Wir wünschen uns eine Europäische Union, die in der Lage ist, öffentliche Güter im Einklang mit den Vorlieben der Mehrheit der Bürger\_innen bereitzustellen.

Sowohl die Europawahlen als auch die Parteipolitik im Europäischen Parlament als einziges EU-Organ, das die Unionsbürger\_innen unmittelbar vertritt, müssen verbessert und zu einer vollkommenen parlamentarischen Demokratie umgestaltet werden, um die zur Rechtfertigung dieser größeren politischen Macht nötige Legitimität und Verantwortlichkeit gegenüber den Bürger\_innen herbeizuführen. Dazu ist ein stärker politisierter und europäischer öffentlicher Diskurs anstelle eines technokratischen und nationalen Diskurses erforderlich. Wichtige Debatten sollten entlang politischer statt nationaler Linien ausgetragen werden. Darum brauchen wir auch eine Wahlrechtsreform. Progressive Kräfte in Europa, die in der Demokratie ein zentrales politisches Ziel sehen, müssen diesen Wandel voller Zuversicht voranbringen und zu einer wahrhaft europäischen, treibenden Kraft der Demokratie unter der Flagge einer sozialen Union werden. Die Bürger\_innen brauchen authentische europäische Parteien, in denen sie miteinander diskutieren und Lösungen für die Zukunft Europas vorschlagen können. Dadurch können die Vorteile eines stärkeren Vertrauens der Wähler\_innen und einer stärkeren Stimme bei der Gestaltung der Zukunft Europas genutzt werden.

### *Empfehlungen für die parlamentarische Demokratie*

- Zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie auf europäischer Ebene schlagen wir die folgenden institutionellen Maßnahmen vor: Das Europäische Parlament soll das zentrale Entscheidungsorgan der EU werden. **Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (OGV) muss zum Standard werden**, auch in den Bereichen der Fiskal- und Wirtschaftspolitik, die derzeit nach wie vor durch den Rat und die Europäische Kommission kontrolliert werden.
- Die Rolle des Parlaments beim OGV muss ausgebaut werden, einschließlich des **Rechts zur Gesetzesinitiative**. Neue Bereiche der EU-Politik ein-

schließlich solcher, in denen einige wenige Mitgliedstaaten die Integration im Rahmen des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit vertiefen, müssen vom Europäischen Parlament mitentschieden werden.

- Die derzeit von der Europäischen Zentralbank geregelte **Geldpolitik sollte den europäischen Bürger\_innen gegenüber verantwortlich sein**. Auch das gegenwärtige Mandat der Zentralbank sollte überprüft werden.
- Es muss einen bedeutsamen **europäischen Haushalt unter der Aufsicht des Europäischen Parlaments** geben. Dieser Haushalt sollte groß genug sein, um makroökonomische Wirkung zu entfalten, also mindestens 3 oder 4 Prozent des BIP der EU betragen. Zudem sollte er teilweise über gemeinsame europäische Steuern in neuen Bereichen wie der digitalen Wirtschaft und Finanztransaktionen sowie über die gemeinsame Emission von Schuldtiteln finanziert werden.
- Der Europäische Rat soll seine Befugnisse an das Europäische Parlament übertragen. Unser langfristiges Ziel ist es, den Europäischen Rat abzuschaffen und eine **Zwei-Kammer-Struktur** einzurichten. Darin soll das Europäische Parlament als erste Kammer fungieren, die durch eine zweite Kammer, bestehend aus direkt gewählten Vertreter\_innen der Mitgliedstaaten, ergänzt wird.
- Wir wollen **die Europäische Kommission zu einer echten europäischen Regierung machen**, die mit den europäischen Parteien statt den Mitgliedstaaten verbunden ist. Sämtliche Exekutivbefugnisse müssen der Kommission übertragen werden, die vom Europäischen Parlament gewählt werden soll. Eine derart reformierte Kommission muss die politischen Mehrheiten im Parlament und nicht nationale Interessen repräsentieren. Daher muss der/die Präsident/in der Kommission bei den Europawahlen als Spitzenkandidat\_in antreten und dauerhaft die Unterstützung einer Mehrheit im Parlament für sich gewinnen.
- Zur Stärkung der demokratischen Legitimation der Europawahlen schlagen wir darüber hinaus Folgendes vor: **Die Art und Weise, wie das Europäische Parlament gewählt wird, soll geändert werden**, denn mit größerer Macht und mehr Mitteln geht auch eine größere Verantwortung einher. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments soll das demokratische Prinzip „Eine Person, eine Stimme“ besser widerspiegeln. Außerdem sollen

einige Mitglieder des Parlaments über transnationale Listen gewählt werden. Durch die zweite Kammer sollte eine angemessene regionale Repräsentation gewährleistet sein.

- Zudem wollen wir die Europawahlen durch eine **Angleichung der bestehenden Wahlgesetze** und Wahlhürden sowie echte **transnationale Parteiplattformen**, die eine verbindliche Grundlage für das Verhalten der Vertreter\_innen im Europäischen Parlament bilden sollten, verbessern.
- Darüber hinaus sollte der Rolle der europäischen Parteien in der EU eine größere Bedeutung zukommen: **Europäische Parteien übernehmen wichtige Aufgaben beim Herbeiführen des nötigen Wandels, um das demokratische Vertrauen in die EU wiederherzustellen.** Nur die Parteien sind sowohl im Parlament als auch im Rat vertreten und können daher die Kluft zwischen der nationalen und der EU-weiten Vertretung überbrücken. Ihnen obliegt es, die nationalen Regierungen dazu zu verpflichten, die Demokratisierung der EU-Politik sowohl in den bisherigen als auch in den neuen Themenbereichen zu unterstützen. In einer gestärkten parlamentarischen Demokratie in der EU vertreten die europäischen Parteien die Stimmen der Bürger\_innen bei europäischen Entscheidungen und tragen zur Bildung eines europaweiten politischen Willens bei, der konkrete nationale Forderungen und Zusammenhänge berücksichtigt. Um das zu erreichen, müssen die derzeit nur lose verbundenen **europäischen Parteien zu wirklichen Europarteien** mit gemeinsamen politischen Agenden, Programmen und Kandidat\_innen werden, um eine demokratische Beteiligung auf europäischer Ebene zu ermöglichen.
- An der Spitze dieses Wandels sollten progressive Akteure stehen, die sich aktiv für eine bessere parlamentarische Demokratie in der EU-Politik einsetzen und sich auch dann weiter an ihre Versprechen halten, wenn sie einflussreiche Positionen in derzeit mächtigen Institutionen wie dem Europäischen Rat übernehmen. Durch ernsthaftes Drängen auf eine wirkliche Demokratie in der EU wäre es möglich, konkurrierende Parteien unter Druck zu setzen, damit sie ihren Teil zu diesem Wandel beitragen, der zur Rückgewinnung des Bürgervertrauens nötig ist. Progressive Akteure sollten dieses Drängen auf mehr Demokratie auf der EU-Ebene nicht als Bedrohung des demokratischen Einflusses auf nationaler Ebene wahrnehmen, sondern vielmehr als **Gelegenheit, ihre Beziehungen zu den Wähler\_innen in ganz Europa zu vertiefen und dadurch letztlich ihren Einfluss zu vergrößern.**

Eine fehlende gemeinsame europäische Identität und die zunehmende Polarisierung innerhalb der EU stellen die europäische Demokratie vor eine große Herausforderung. Die Vielfalt moderner Informationsquellen, durch digitale Kommunikationstechnologien übermittelte Desinformation und die unterschiedlichen Bildungsniveaus innerhalb der EU bereiten der partizipatorischen Demokratie erhebliche Schwierigkeiten. Demokratieskeptiker, die Zwischenstaatlichkeit statt einer partizipatorischen Herangehensweisen bevorzugen, und die asymmetrische Einflussnahme von Interessengruppen auf die EU-Politik stellen weitere Probleme dar. Daher ist es unerlässlich, dass sich alle EU-Bürger\_innen ihrer Rechte zur politischen Beteiligung, zum Beispiel durch die Europäische Bürgerinitiative, bewusst sind. Außerdem müssen sie ausreichend über die zur Diskussion stehenden Themen informiert werden. Die Entscheidungsverfahren müssen also verständlich, inklusiv und leicht zugänglich sein, damit die europäischen Bürger\_innen die Politik nicht den privilegierten, gebildeten Pro-Europäer\_innen oder den radikalen Euroskeptiker\_innen überlassen.

Bislang beteiligen sich die meisten EU-Bürger\_innen nur selten an der Politikgestaltung und verfügen kaum über praktische Kenntnisse und Erfahrungen mit der politischen Entscheidungsfindung. Hier fallen einseitige, meist negative Auffassungen der EU auf fruchtbaren Boden. Darüber hinaus sehen es viele Politiker\_innen und EU-Beamt\_innen kritisch, den EU-Bürger\_innen größeren Einfluss auf politische Entscheidungen zu ermöglichen. Diese Vorbehalte sind nur teilweise auf vernünftige und legitime Gründe zurückzuführen. Auch Bedenken im Zusammenhang mit Demokratieskepsis oder sogar hierarchischen und elitären Konzepten der Regierungsführung sind weit verbreitet. All dies führt zu einer immer größeren Kluft zwischen den Mandatsträger\_innen und EU-Beamt\_innen auf der einen und den Bürger\_innen auf der anderen Seite. Diese gilt es zu überwinden. Wir sind überzeugt, dass die europäischen Bürger\_innen mehr Einfluss und Mitspracherecht bekommen müssen, um Verantwortung zu übernehmen und eine inklusive, sozial gleichberechtigte EU zu gestalten, damit ein weiteres Abdriften in Richtung Nationalismus, Euroskeptizismus und der zunehmenden Disparität von Einstellungen der Wähler\_innen verhindert wird. Daher glauben wir, dass partizipatorische Prozesse die weit verbreitete Verdrossenheit zerstreuen und den Geist der europäischen Integration stärken können.

## *Empfehlungen für die partizipatorische Demokratie*

- Wir wollen, dass die **Vertretung und Beteiligung von EU-Bürger\_innen** aller Gesellschaftsschichten und kultureller Hintergründe erheblich verbessert wird. Wir streben insbesondere ein effizientes Rahmenwerk an, das den Bürger\_innen eine erhebliche Einflussnahme auf die EU-Politik ermöglicht. Dies sollte alle Ebenen der Politik und alle Schichten der Gesellschaft einschließen, um die immer größer werdende Lücke zwischen Bürger\_innen und Vertreter\_innen der Politik in Europa zu überbrücken.
- Daher sind wir der Ansicht, dass Informationen ohne Zugangsbarrieren für EU-Bürger\_innen leicht verfügbar sein sollten und dass den Bürger\_innen ein Forum zur Verfügung gestellt werden sollte, in dem nach einem vorgegebenen Verhaltenskodex Debatten stattfinden können. Außerdem sollte es für alle Bürger\_innen in allen Mitgliedstaaten **regelmäßig Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung** an der lokalen, regionalen, nationalen oder europäischen Politik geben, damit sie sich nicht nur theoretische, sondern auch praktische Kenntnisse über Politik und demokratische Verfahren aneignen können.
- Folglich sollte eine neue Ebene der europäischen Demokratie **mit inklusiven und mitgestalterischen Elementen für eine repräsentative Demokratie** etabliert werden. Wir empfehlen die Einrichtung einer **digitalen Plattform für den europäischen Bürgerdialog**, auf die alle Bürger\_innen in der EU mit einer Vielzahl von Anwendungen zugreifen können. Über diese digitale Plattform sollen EU-Bürger\_innen Rat und Informationen zu demokratischen Rechten finden können. Außerdem soll dort auf von der Zivilgesellschaft und Bürger\_innen organisierte (Online-)Veranstaltungen sowie auf Ideen und Projekte aufmerksam gemacht werden. Natürlich muss sichergestellt werden, dass diese bereitgestellten Informationen und Instrumente zur Beteiligung nicht manipuliert werden können. Wenn dies gegeben ist, werden sich die europäischen Bürger\_innen zunehmend mit Europa identifizieren, nicht nur, weil sie ein Mitspracherecht haben, sondern auch, weil sie ihre eigene demokratische Umgebung mitaufbauen – davon sind wir überzeugt.
- Wir befürworten **digitale Bürgerdebatten und -versammlungen**. Die Pandemie hat gezeigt, dass Veranstaltungen auf verschiedene Weisen stattfinden können, nämlich virtuell für die Bürger\_innen, die nicht persönlich teil-



nehmen können, und physisch für diejenigen, die nicht über die technischen Kompetenzen für eine Online-Beteiligung verfügen. So wird gewährleistet, dass auch beeinträchtigte oder sozial benachteiligte Menschen auf demokratisches Wissen zugreifen können, was eine emanzipatorische politische Bildung und partizipatorisches demokratisches Handeln zur Folge hat.

- Unser Vorschlag lautet, Bürgerversammlungen und -dialoge nach dem Losverfahren umzusetzen. Wir empfehlen **mitgestalterische Formen der Beteiligung** wie moderierte Bürgerversammlungen mit Unterstützung von Expert\_innen, deren Teilnehmer\_innen per Los ausgewählt werden. Wenn weitere Stratifizierungsmaßnahmen auf das Auswahlverfahren nach dem Zufallsprinzip angewendet werden, können Mitglieder aller maßgeblichen Gesellschaftsschichten und Altersgruppen integriert und so die höchsten repräsentativen Standards erfüllt werden. Solche Bottom-up-Herangehensweisen bieten eine starke Legitimation für politische Empfehlungen. Bürgerversammlungen mit Expertenunterstützung können zu Ideen und Vorschlägen führen, an die Regierungen oder Parlamente bislang noch gar nicht gedacht haben und so neue Kreativität durch die Bürger\_innen in den politischen Entscheidungsprozess einbringen.
  
- Derartige Versammlungen könnten in der EU auf allen politischen Ebenen etabliert werden, einschließlich europäischer Versammlungen mit Bürger\_innen aus allen Mitgliedstaaten. Solche Versammlungen müssen unserer Überzeugung nach einen spürbaren Einfluss auf die Politik ausüben, um wirklich etwas bewirken zu können – zum Beispiel, indem sie mit Referenden kombiniert oder direkt mit politischen Akteuren wie der Europäischen Kommission oder dem Rat verknüpft werden. Wir empfehlen, **Bürgerversammlungen auf allen politischen Ebenen** in der EU folgendermaßen anzuwenden:
  
- Erstens sollten Bürgerversammlungen genutzt werden, um Entscheidungen des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission vorzubereiten und Ideen und Vorschläge beizusteuern. Die Versammlungen brauchen aus unserer Sicht ein ausdrückliches **Vorschlagsrecht für die strategische Agenda des Europäischen Rates und große politische Initiativen** der Kommission (z. B. der Green Deal). Sowohl der Europäische Rat als auch die Kommission sollten sich dazu verpflichten, die politischen Vorschläge der Bürgerversammlungen bei ihren zukünftigen Handlungen anzuerkennen und sorgfältig in Erwägung zu ziehen.

- > Zweitens **sollte das Europäische Parlament dafür sorgen, dass der Europäische Rat und die Kommission das Vorschlagsrecht** der Bürgerversammlungen achten. Diese beiden Institutionen werden über ihre Maßnahmen Bericht erstatten müssen.
  
- > Drittens sollten die **Bürgerversammlungen in der gesamten EU auf regionaler und lokaler Ebene** gemäß dem Subsidiaritätsprinzip unterstützt werden: Die EU sollte für die erfolgreiche Durchführung von Bürgerversammlungen in allen europäischen Gemeinden finanzielle Unterstützung und Fachwissen bereitstellen. Darüber hinaus sollte sie eine vollständig finanzierte Initiative zur Organisation transnationaler Versammlungen in allen Euroregionen eröffnen. Diese Versammlungen könnten sich auf die Verbesserung grenzüberschreitender Zusammenarbeit und gegenseitiger Verständigung konzentrieren.

## ***Die Rechtsstaatlichkeit***

---

Die Streitigkeiten über die Rechtsstaatlichkeit haben nicht nur tiefgehende innere Zerwürfnisse und Misstrauen zwischen den EU-Mitgliedstaaten hervorgerufen, sondern auch die Autorität und Legitimität der EU gegenüber den Beitrittskandidaten schrumpfen lassen. Das hat zum sogenannten „Kopenhagen-Dilemma“ geführt. Frühere Versuche, das Problem zu beheben, waren entweder erfolglos, weil sie nur einen Teil des Problems in Angriff nahmen, wie die Vertragsverletzungsverfahren, oder sie wurden als zu radikal angesehen, wie das Verfahren nach Artikel 7 EUV. Die Debatten über die Rechtsstaatlichkeit werfen grundlegende Fragen der Souveränität und Legitimität auf: Wer hat das Recht, zu bestimmen, was ein Verstoß gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit ist? Sind fragwürdige Maßnahmen demokratisch gewählter Regierungen legitim? Sollten Bürger\_innen für die Entscheidungen ihrer nationalen Regierung verantwortlich gemacht werden?

Deshalb schlagen wir vor, eine detaillierte und praxisnahe einheitliche Auslegung mit einer eindeutigen Definition der Rechtsstaatlichkeit auszuarbeiten. Diese Debatte sollte auf Expertenniveau geführt werden. Außerdem raten wir zu neuen Instrumenten, die den Druck auf die Mitgliedstaaten bei Verstößen gegen die dann präzisierten Werte erhöhen. Diese vorgeschlagenen Instrumente schließen die Lücke zwischen den gegenwärtigen weichen Instrumenten und den harten Optionen wie dem Aussetzen der Stimmrechte eines Landes oder seines Zugangs zu EU-Geldern.

## *Empfehlungen für die Rechtsstaatlichkeit*

Wir empfehlen verschiedene Instrumente, die auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen basieren, harte und weiche Maßnahmen umfassen und von unterschiedlichen Akteuren wie EU-Institutionen, Mitgliedstaaten oder europäischen Parteien durchgesetzt werden können. Die vor Kurzem eingeführten Maßnahmen wie der jährliche Bericht über die Rechtsstaatlichkeit oder der erste Versuch der Ex-ante-Konditionalität im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Finanzrahmen weisen unserer Meinung nach in die richtige Richtung. Dennoch müssen sie wirksam durchgesetzt werden. In der Vergangenheit haben wir erlebt, dass die Rechtsstaatlichkeit nicht durch ein einzelnes Instrument gewährleistet werden kann. Dazu sind vielmehr eine langfristige Strategie und ein eindeutiges, verständlicheres Instrumentarium erforderlich. Hinsichtlich der externen Legitimität der EU-Politik muss das Regelwerk sowohl für die gegenwärtigen Mitgliedstaaten als auch für die Beitrittskandidaten optimiert werden. Am wichtigsten ist jedoch, dass das Instrumentarium das gegenwärtige Problem der intransparenten und ineffizienten Kommunikation löst und einheitliche, transparente und klar durchsetzbare Standards zur Bewahrung der demokratischen Werte in Europa einführt. Auf europäischer Ebene haben wir die folgenden Reformvorschläge ermittelt, die ausführlicher verfolgt werden könnten, um die Defizite bei der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten besser zu bewältigen.

- Die **Rolle der Europäischen Staatsanwaltschaft** sollte ausgeweitet werden und auch Aspekte der Rechtsstaatlichkeit abdecken, vor allem hinsichtlich der Gewährleistung der Medienvielfalt und der Transparenz von demokratischen Verfahren.
- Der **Europäische Gerichtshof** ist ein entscheidender Faktor für die Bewältigung der Defizite bei der Rechtsstaatlichkeit. Es muss allerdings dafür Sorge getragen werden, dass seine Entscheidungen so schnell wie möglich getroffen werden, weil jede übermäßige Verzögerung die Wahrscheinlichkeit schmälern könnte, die Gewaltenschränkung in einem bestimmten Fall aufrecht zu erhalten.
- Angesichts der Debatten, die 2020 über die Einführung der **Ex-ante-Konditionalität** für den mehrjährigen Finanzrahmen geführt wurden, muss das Wie und Wann der praktischen Umsetzung dieser Regeln so schnell wie möglich bestimmt werden. Wir plädieren dafür, die Regeln so festzulegen,

dass die unmittelbaren Auswirkungen von finanziellen Maßnahmen auf die Bürger:innen minimiert werden.

- Unserer Meinung nach sollte der **EU-Haushalt in zwei Ebenen** eingeteilt werden, von denen nur eine an die Bedingung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft ist. Dadurch würde ein Anreiz für die Regierungen der Mitgliedstaaten geschaffen, alle verfügbaren Mittel einzuholen. Gleichzeitig würde garantiert werden, dass die Mittel in einem gewissen Umfang für wesentliche Kohäsionszwecke zur Verfügung stehen. Solch ein neues System zur Verteilung von EU-Geldern könnte auch die Rolle der örtlichen Verwaltungen stärken. In jedem Fall muss ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Ex-ante-Konditionalität und dem Mechanismus der Rechtsstaatlichkeit hergestellt werden. Ein mögliches Beispiel ist der Zusammenhang zwischen dem Europäischen Semester und der neu eingeführten Aufbau- und Resilienzfazilität (im Rahmen des europäischen Aufbauinstruments „Next Generation EU“).
- In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass **die europäischen Parteien eine wichtige Rolle spielen**, die jedoch aus Angst, Stimmen zu verlieren, oftmals ungenutzt bleibt oder heruntergespielt wird. Nichtsdestotrotz kann die geradlinige Haltung einer politischen Fraktion ein starkes Signal an eine politische Partei senden, die für kontroverse Initiativen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit verantwortlich ist.
- Zur Stärkung der demokratischen Strukturen in den Mitgliedstaaten schlagen wir einen **breiter gefassten Finanzierungsmechanismus für zivilgesellschaftliche Organisationen** auf EU-Ebene vor. Dabei kann das neue Programm für Rechte und Werte eine bedeutende Rolle übernehmen. Es sollte im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen erheblich ausgeweitet werden.
- Auf der Ebene der Mitgliedstaaten verlangen wir eine **aktivere Herangehensweise an Rechtsstaatlichkeitsthemen**. Verständlicherweise schrecken die meisten Mitgliedstaaten vor Maßnahmen zurück, die als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates aufgefasst werden könnten. Wenn jedoch Einvernehmen darüber herrscht, wie ein akzeptables Regelwerk der Rechtsstaatlichkeit aussehen muss, sollte jeder eindeutige Verstoß gegen diese Regeln auch **Gegenstand bilateraler Beziehungen** werden. Auf EU-Ebene könnten die betroffenen Mitgliedstaaten

oder einzelne Politiker\_innen von informellen Treffen ausgeschlossen werden. Eine derartige Maßnahme wäre nicht so drastisch wie die Regelungen des Artikels 7 EUV, würde aber trotzdem ein starkes Signal senden, dass gegen die gemeinsamen Werte verstoßen wurde.

*Europa, April 2021*

Wir, die Unterzeichnenden dieses **Progressiven Manifestes für europäische Demokratie**, fordern die Mitglieder der Konferenz zur Zukunft Europas auf, sich bei ihren Debatten auf die zur Stärkung der europäischen Demokratie nötigen Reformen zu konzentrieren. Mit unseren Reformvorschlägen wollen wir einen konkreten Impuls in dieser wichtigen Debatte geben und rufen alle europäischen Bürger\_innen auf, sich unserem Appell anzuschließen.

---

*Paolo Acunzo, Italien*  
*Blerjana Bino, Albanien*  
*Barbara Busse, Deutschland*  
*Mihail Caradaica, Rumänien*  
*Harun Cero, Bosnien und Herzegowina*  
*Claudiu Craciun, Rumänien*  
*Pier Virgilio Dastoli, Italien*  
*Arian Dyrmishi, Albanien*  
*Donika Emini, Kosovo*  
*Jorge San Vicente Feduchi, Spanien*  
*Angela Firmhofer, Deutschland*  
*Lyubomira Gancheva, Bulgarien*  
*Thanasis Glavinas, Griechenland*  
*Antje Heid-Schwaab, Deutschland*  
*Michael Jennewein, Österreich*  
*Cedric Koch, Deutschland*  
*Seren Selvin Korkmaz, Türkei*  
*Jo Leinen, Deutschland*  
*Nicolas Leron, Frankreich*  
*Alexandru Manda, Rumänien*  
*Dimitris Oikonomou, Griechenland*  
*Ljuban Panic, Serbien*  
*Boris Popivanov, Bulgarien*  
*Dominik Rehbaum, Deutschland*  
*Korbinian Rüger, Deutschland*  
*Andreas Schiel, Deutschland*  
*Carsten Schwäbe, Deutschland*  
*Zuzana Stuchlikova, Tschechien*  
*Franz-Peter Veits, Deutschland*  
*Natalie von Butler, Deutschland*  
*Maria Yannakaki, Griechenland*

---